

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Anna Christmann, Kai Gehring, Claudia Müller, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/16800 –**

Aus dem Labor in die Praxis – Mit Innovationen gesellschaftliche Herausforderungen anpacken

A. Problem

Es braucht wissensgetriebene Innovationen für die großen gesellschaftlichen Herausforderungen. Die globalen Nachhaltigkeitsziele sind eine wichtige Grundlage für nachhaltige Wirtschaftsstrukturen und sozial-ökologische Innovationen. Allerdings lassen beispielsweise weder die Hightech-Strategie noch das bisherige Konzept für die Agentur für Sprunginnovation der Bundesregierung eine echte Ausrichtung an den globalen Nachhaltigkeitszielen erkennen. Deutschland wurde lange als Vorreiter im Bereich der Nachhaltigkeit wahrgenommen. Diese Stellung droht es zu verlieren, wenn nicht neue Wege bei der Innovationsförderung gegangen werden. Darüber hinaus bleiben die vielen Erkenntnisse und Ideen für Innovationen aus der Wissenschaft zu häufig innerhalb der Wissenschaftscommunity stecken. Dies gilt sowohl für potentiell gut kommerzialisierbare Entwicklungen, noch stärker aber für solche, die zwar einen hohen gesellschaftlichen, aber nicht unmittelbar einen kommerziellen Nutzen versprechen.

B. Lösung

Innovationsförderung soll gemeinsam mit der Gesellschaft gestaltet und an den großen gesellschaftlichen Herausforderungen ausgerichtet werden. Unter anderem soll die Förderpolitik der Agentur für Sprunginnovation und anderer Vorhaben zur Innovationsförderung enger mit den globalen Nachhaltigkeitszielen verzahnt werden. Es sollen neue gesellschaftliche Mitgestaltungsmöglichkeiten in Wissenschaft und Forschung ermöglicht und die Zivilgesellschaft im Hightech-Forum der Hightech-Strategie gestärkt werden. Die Strategie soll klarer nach Prioritäten und konkreten Maßnahmenpaketen im Bereich der großen gesellschaftli-

chen Herausforderungen strukturiert werden. Zudem sollten regionale Ökosysteme für soziale, ökologische und technische Innovationen gefördert werden. Auch Ausgründungen aus der Wissenschaft sind verstärkt zu fördern.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/16800 abzulehnen.

Berlin, den 9. September 2020

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Dr. Ernst Dieter Rossmann
Vorsitzender

Dr. Stefan Kaufmann
Berichterstatter

Markus Paschke
Berichterstatter

Dr. Michael Ependiller
Berichterstatter

Dr. h. c. Thomas Sattelberger
Berichterstatter

Dr. Petra Sitte
Berichterstatterin

Dr. Anna Christmann
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Stefan Kaufmann, Markus Paschke, Dr. Michael Ependiller, Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Dr. Petra Sitte und Dr. Anna Christmann

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/16800** in seiner 160. Sitzung am 14. Mai 2020 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie und den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betont, dass es beste Bedingungen für Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft brauche, um Innovationen hervorzubringen. Forschungsergebnisse, die Antworten auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen von der Klimakrise über die wachsende Ressourcenknappheit bis hin zu neuen Gesundheitsgefahren lieferten, müssten schnell in die Praxis überführt werden.

Die globalen Nachhaltigkeitsziele seien eine wichtige Grundlage für nachhaltige Wirtschaftsstrukturen und sozial-ökologische Innovationen. Zu einem ganzheitlichen Innovationsprozess gehöre auch der Dialog mit der Gesellschaft, um die verschiedenen gesellschaftlichen Bedürfnisse und Perspektiven einzubeziehen und die notwendigen Transformationen – vom Energie- über den Verkehrs- bis zum Agrarsektor – erfolgreich zu gestalten. Über die letzten Jahre hinweg habe sich der Diskurs über diese „Third Mission“ von Hochschulen daher zu Recht verstärkt. Weder die Hightech-Strategie noch das bisherige Konzept für die Agentur für Sprunginnovation der Bundesregierung ließen jedoch eine echte Ausrichtung an den globalen Nachhaltigkeitszielen erkennen. Die Third Mission und die Ausrichtung von Innovationsförderung an den globalen Nachhaltigkeitszielen gelte es daher zu stärken.

Durch die Förderung sogenannter Innovationsökosysteme – also die Vernetzung der wesentlichen Bereiche und die Einbindung aller für einen Innovationsprozess notwendigen gesellschaftlichen Akteure – könnten schneller Lösungen für relevante gesellschaftliche Probleme identifiziert und in die Anwendung gebracht werden. Statt vieler kleiner Initiativen brauche es einen gezielten Aufbruch für Innovationsökosysteme. Damit dieser gelingen könne, bedürfe es einer stringenten Förderung durch den Bund sowie einer unkomplizierten Beratung, Begleitung und Evaluation der Projekte durch Persönlichkeiten, die in den Bereichen Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft erfahren und vernetzt seien und die so zu einer erfolgreichen Entwicklung der Ökosysteme beitragen könnten.

Zur ganzheitlichen Förderung von Innovationsökosystemen gehörten auch gute Rahmenbedingungen für Ausgründungen aus den Hochschulen. Viele Erkenntnisse und Ideen für Innovationen kämen aus der Wissenschaft. Diese blieben jedoch zu häufig innerhalb der Wissenschaftscommunity stecken. Hier spielten Kooperationen mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft eine besondere Rolle, um den Transfer in die Praxis voranzutreiben.

Die Bundesregierung solle im Wesentlichen aufgefordert werden,

- Innovationsförderung gemeinsam mit der Gesellschaft zu gestalten und an den großen gesellschaftlichen Herausforderungen auszurichten. Unter anderem soll die Förderpolitik der Agentur für Sprunginnovation und anderer Vorhaben zur Innovationsförderung enger mit den globalen Nachhaltigkeitszielen verzahnt werden. Es sollen neue gesellschaftliche Mitgestaltungsmöglichkeiten in Wissenschaft und Forschung ermöglicht und die Zivilgesellschaft im Hightech-Forum der Hightech-Strategie gestärkt werden. Die Strategie soll klarer nach Prioritäten und konkreten Maßnahmenpaketen im Bereich der großen gesellschaftlichen Herausforderungen strukturiert werden;
- regionale Ökosysteme für soziale, ökologische und technische Innovationen zu fördern. Dabei sollen u.a. die bestehenden Innovationsförderprogramme für strukturschwache Regionen wie z. B. WIR! (Wandel durch Innovation in der Region) und RUBIN (regionale unternehmerische Bündnisse für Innovation) in einen themen- und akteursoffenen Wettbewerb „Regionale Innovationsökosysteme“ für das gesamte Land zusammengeführt und aus der Zukunftscluster-Initiative eine schlagkräftige und dynamische Förderung regionaler

Innovationsökosysteme entwickelt werden. Zudem sollen Kooperationen mit Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen gezielt gefördert werden, z. B. um die Mitnutzung von Laboren zu ermöglichen;

- Ausgründungen aus der Wissenschaft verstärkt zu fördern. Dabei soll u.a. das Programm „Existenzgründungen aus der Wissenschaft“ (EXIST) weiterentwickelt, stärker auf wissensgetriebene Innovationen ausgerichtet und soziale/nichttechnische Innovationen in allen Programmlinien förderfähig gemacht werden. Zudem sollen gemeinsam mit den Ländern die Infrastrukturen des Wissens gestärkt und Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sowie auch Kommunen beim Bau von Gründungszentren, Co-Working-Spaces, Betahäusern, Werkstätten und Laboren finanziell unterstützt werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 19/16800 in seiner 83. Sitzung am 9. September 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Antrag auf Drucksache 19/16800 in seiner 59. Sitzung am 9. September 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 52. Sitzung am 9. September 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** begrüßt, dass der vorliegende Antrag zum jetzigen Zeitpunkt beraten werde, da es gerade im Zusammenhang mit den Herausforderungen der COVID 19-Pandemie auf die Innovationsfähigkeit ankomme. Der Antrag enthalte Vorschläge zu Punkten, an denen noch großer Nachbesserungsbedarf in der Innovationsförderung seitens des Bundes bestehe. Dabei habe man sich auf drei Komponenten konzentriert, die aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen entscheidenden Unterschied machen könnten.

Dies sei zum einen die Förderung regionaler Innovationsökosysteme. Dabei komme es darauf an, verschiedene Akteure zusammenzubringen und Leuchttürme aufzubauen. Hierbei sollten nicht nur Forschungsinstitutionen, sondern auch Kommunen vor Ort, Unternehmen, Zivilgesellschaft ect. zusammenwirken, um den Transfer aus den Laboren in die Praxis zu beschleunigen.

Darüber hinaus bedürfe es mehr Ausgründungen aus der Wissenschaft. In diesem Bereich sei Deutschland im Moment nicht überall an der Spitze. Es gebe noch sehr viel größere Möglichkeiten, um dies zu fördern. Hier gebe es zwar bereits Programme wie zum Beispiel das EXIST-Stipendium, allerdings werde mit jeweils 100 bis 200 geförderten Stipendien in den einzelnen Tranchen nicht die Größenordnung erreicht, die einen wirklichen Unterschied mache. Deshalb seien hier weitere Maßnahmen zur Unterstützung von Gründungskompetenzen im Hochschulstudium und auch ein zusätzliches Programm zu Existenzgründungen aus der Wissenschaft notwendig.

Als dritten Punkt führt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine stärkere Orientierung der Innovationspolitik an den globalen Nachhaltigkeitszielen an. Es sei ein ganz zentrales Anliegen, die innovative Kraft auch zur Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderung zu nutzen. Gerade auch bei dem Corona-Konjunkturpaket dürfe man nicht vergessen, auch die zweite große Krise – die Klimakrise – und die damit zusammenhängenden Herausforderungen zu adressieren. Deswegen schlage man im Antrag konkret vor, die Agentur für Sprunginnovation konsequent auf Nachhaltigkeitsziele auszurichten und auch die Hightech-Strategie dahin zu bringen, genaueres Monitoring zu betreiben, wie viel Geld vorgesehen sei, um die Ausrichtung auf die entsprechenden Ziele auch tatsächlich umzusetzen. Zurzeit müsse man feststellen, dass die Bundesregierung keine genaue Auskunft geben könne, wie viel der Mittel aus der Hightech-Strategie oder aus dem Corona-Konjunkturprogramm z. B. in

die Erforschung klimaneutraler Technologien gingen. Hier sehe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Nachbesserungsbedarf und hoffe, mit den drei Vorschlägen im Antrag Anregungen geben zu können, um das Innovationsgeschehen in Deutschland einen großen Schritt voranzubringen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** unterstreicht, dass Innovationen Grundlagen für das aktive Gestalten der Zukunft seien und es beste Bedingungen für Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft brauche, um diese hervorzubringen. Auch von den Koalitionsfraktionen werde das Ziel verfolgt, dass Forschungsergebnisse schneller in die Praxis überführt würden. Aus diesem Grund sei im Koalitionsvertrag ausdrücklich enthalten, dass man den Transfer als zentrale Säule des Forschungs- und Innovationssystems nachhaltig stärken wolle. Die Bundesregierung habe in diesem Bereich schon einiges auf den Weg gebracht.

Der vorliegende Antrag enthalte überwiegend Forderungen, die vom BMBF bereits umgesetzt seien, wie z. B. die Einbindung der Gesellschaft in die Forschungs- und Innovationspolitik. Dies sei bereits seit mehreren Jahren ein zentrales Anliegen der Bundesregierung. Hierzu habe man bereits letztes Jahr im Ausschuss im Rahmen der Beratung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Partizipation in Wissenschaft und Forschung stärken“ diskutiert. Diesen habe man abgelehnt, da man festgestellt habe, dass die Forderungen bereits von der Bundesregierung umgesetzt worden seien.

Die Fraktion der CDU/CSU kritisiert, dass der Antrag, was die Ausrichtung auf Nachhaltigkeit angehe, von falschen Annahmen ausgehe. In Bezug auf die Agentur für Sprunginnovationen betont die CDU/CSU-Fraktion, dass der große Freiheitsgrad der Agentur bei der Auswahl der Projekte auf Grundlage einer völligen Themenoffenheit konstituierend für die Hervorbringung disruptiver Innovationen sei und nicht im Gegensatz zur Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele stehe, sondern diese prinzipiell unterstütze. Denn gerade disruptive Innovationen, die ganze Märkte im Einklang mit gesellschaftlichen Innovationen und Verhaltensänderungen beeinflussten, könnten nur dann erfolgreich sein, wenn sie überhaupt den globalen Nachhaltigkeitszielen dienten. Auch die Hightech-Strategie, die im Antrag angesprochen werde, werde gezielt auf die Forschung zu Aspekten ausgerichtet, die für die Wirtschaft und Gesellschaft relevant seien. Dabei würden insbesondere die Bereiche Gesundheit, Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Mobilität usw. in den Fokus genommen.

Die Zukunftscluster-Initiative, die Fördermaßnahme „Internationalisierung von Spitzenclustern, Zukunftsprojekten und vergleichbaren Netzwerken“, die Förderinitiative „Forschungscampus – öffentlich-private Partnerschaft für Innovationen“ bearbeiteten in breit angelegten Netzwerken und auch neuen Kooperationsformaten die im Antrag eingeforderten Themen und trügen damit maßgeblich zu den globalen Nachhaltigkeitszielen bei. Auch das angesprochene Thema Innovationsprogramme für strukturschwache Regionen habe man mit der Programmfamilie „Innovation & Strukturwandel“ abgedeckt und bereits sehr gute Erfahrungen gemacht. Die CDU/CSU-Fraktion macht darauf aufmerksam, dass man bis 2024 rund 600 Millionen Euro für neue Programme bereitstellen wolle. Deshalb sehe man auch keinen Grund, die Programme WIR! (Wandel durch Innovation in der Region) und RUBIN (regionale unternehmerische Bündnisse für Innovation) in einem bundesweiten Wettbewerb zusammenzuführen. Die CDU/CSU-Fraktion stellt dar, dass auch sie es befürworte, EXIST weiter auszubauen. Sie hält fest, dass der Antrag weitgehend Punkte enthalte, welche die Bundesregierung schon lange umsetze, weshalb man den Antrag ablehnen werde.

Die **Fraktion der SPD** erklärt, der Antrag enthalte viele richtige Punkte, von denen man vieles bereits in Angriff genommen habe. Sie weist darauf hin, dass auch in Bezug auf die Transformation in die Gesellschaft im Mai dieses Jahres ein Koalitionsantrag verabschiedet worden sei, der sich mit den sozialen Innovationen und den Sozialunternehmen beschäftige. Dies sei ein wichtiges Thema, da der technische Fortschritt zwar verhältnismäßig gut funktioniere, die gesellschaftlichen Antworten und die gesellschaftlichen Herausforderungen auf die technische Entwicklung jedoch häufig ein bisschen hinterherhinkten. Dies könne bei vielen Menschen zu einer gewissen Unsicherheit und zu einem Gefühl der Überforderung führen. Daher sei es eine zentrale Aufgabe, die Menschen mitzunehmen und sie an der technischen Entwicklung teilhaben zu lassen. Hier spielten soziale Innovationen eine wichtige Rolle.

Die Fraktion der SPD stellt fest, dass der Antrag überwiegend Forderungen enthalte, die man entweder bereits umsetze oder die in der Vorbereitung seien. Man schließe daraus, dass die antragstellende Oppositionsfraktion das Regierungshandeln insoweit unterstütze. Beim Transfer der Forschungsergebnisse könnten auch nach Einschätzung der SPD-Fraktion noch Verbesserungen erreicht werden. Hier sei es richtig, das Thema in die Regionen

zu bringen, damit die Menschen partizipieren könnten. Darüber hinaus verweist die SPD-Fraktion auf den im Ausschuss vorgebrachten Vorschlag aus ihren Reihen für eine Deutsche Transfergemeinschaft, um das Thema gezielter voranzubringen.

Die Fraktion hält fest, dass die meisten Punkte des Antrags bereits aufgegriffen würden, weshalb man den Antrag ablehne.

Die **Fraktion der FDP** wirft ein, der Antrag hätte besser überdacht sein sollen. Es wirke wie zusammengewürfelte Bausteine und nicht wie ein Mosaik, wenn alle Schlüsselbegriffe von Nachhaltigkeit bis Third Mission, über sozialökologische Innovationen bis zu regionale Ökosysteme genannt würden. Leider habe die Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN den Antrag der FDP-Fraktion zur Gründung einer Deutschen Transfergemeinschaft abgelehnt. Dabei sei klar, dass Transfer nicht ohne Transferbrücken funktioniere.

Darüber hinaus beinhalte der Antrag auch Fehler. Falsch sei es, dass eine Third Mission nur auf Basis einer starken Grundlagenforschung möglich sei. Gerade die Hochschulen mit hoher Anwendungsorientierung brächten oft die besten Ergebnisse bei einer Third Mission. Insbesondere inkrementelle angewandte Forschung schreie nach Transfer. In dem Antrag der FDP-Fraktion „Innovationsinitiative Handwerk“ hätten sich die Antragsteller über dieses Thema breitbandig informieren können. Außerdem gehöre zur Third Mission auch soziales Engagement. Dazu enthalte der Antrag jedoch nichts. Bei der wissenschaftlichen Weiterbildung gehe es eben nicht nur um Forschung, sondern um umfassendere Entwicklungen – um Qualifikationsstrukturen einer Region, um Interaktion von hochschulischer Community mit der regionalen Bevölkerung, um soziales Dienen und soziale Dienstleistungen von Studierenden und Lehrenden. Man sei überrascht, dass das Verständnis von Third Mission im Antrag so eng und zusammengewürfelt sei.

Einigkeit bestehe darin, dass die globalen Nachhaltigkeitsziele von zentraler Bedeutung seien. Diese sollten jedoch nicht wie eine „Monstranz auf einer Fronleichnams-Prozession“ vorangetragen werden. Dem Antrag sei zu entnehmen, dass die Antragssteller davon ausgingen, Innovation werde besser, wenn man sie „schubladiere“. Dies erinnere an den Antrag „Mobilitätsforschung neu denken – Experimentierräume für Stadt und Land“, wo im Grunde die Schublade für die Innovation nur so aufgemacht worden sei, dass diese durch die grüne Brille sichtbar gewesen sei. Die Fraktion der FDP kritisiert die Tendenz dieser „Verschubladiesierung“.

Zuletzt sei das Thema Regionalförderung zu erwähnen. Die Antragsteller hätten es versäumt, einen Spitzencluster-Wettbewerb 2.0 – möglicherweise auch in einer anderen Regulatorik – zu fordern und Regionalförderung zu differenzieren. Bezugnehmend auf den Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft könne man vier Arten von „abgehängten Regionen“ ausmachen: z. B. Bremerhaven und Halle/Saale, wo es um das regionale Überleben gehe; Braunkohleregionen, wo es um den Strukturwandel gehe; automobilgeprägte monokulturelle Regionen, wo es um Transformation von Legacy-Strukturen gehe, sowie Hightech-Regionen, wie Ostwestfalen-Lippe und Jena, wo es darum gehe, im Innovationswettbewerb noch weiter nach vorne zu kommen.

Der Antrag sei letztlich zu substanzlos, weil er differenzierter sein müsste und auch die Innovations- und Clusterpolitik anders darstellen müsse. Man sehe aber den guten Willen, Transfer voranzubringen.

Die **Fraktion DIE LINKE** befürwortet den Antrag, möchte aber noch – insbesondere bezugnehmend auf die Ausführungen der FDP-Fraktion – zur Differenziertheit und zu der Notwendigkeit, über Nachhaltigkeitsziele hinauszudenken, Stellung nehmen. In dem Antrag fänden sich richtigerweise Forderungen an die Bundesregierung, gemeinsam mit der Gesellschaft zu gestalten und an den großen gesellschaftlichen Herausforderungen zu arbeiten. Auch würden Innovationsförderprogramme für strukturschwache Regionen etc. benannt und ausdrücklich von einem themen- und akteursoffenen Wettbewerb für regionale Innovationssysteme gesprochen. Man finde es richtig, dass der Antrag die Ausrichtung auf Nachhaltigkeit konsequent durchdekliniere. Die Fraktion DIE LINKE würde sich allerdings die gleiche Gründlichkeit bezüglich sozialer Innovationen und Gemeinwohlorientierung wünschen. An dieser Stelle wäre dieser Antrag noch ausbaufähig. Gerichtet an die Bundesregierung weist die Fraktion DIE LINKE auf die Idee hin, einen Fonds für soziale und gemeinwohlorientierte Innovation innerhalb der Ratspräsidentschaft zur Diskussion zu stellen. Auch das Sozialunternehmertum (Social Entrepreneurship) wäre noch ein Punkt gewesen, der einer stärkeren und besseren Würdigung mit konkreten Vorschlägen hätte bedacht werden können – insbesondere, da Sozialunternehmer gerade von Hochschulen, Universitäten bzw. aus dem akademischen Milieu kämen.

Zu der Frage „Third Mission“ müsse man eigentlich eine Grundsatzdebatte führen. Dies sei nicht nur ein wissenschaftlicher Diskurs, sondern dieser Diskurs bedeute, dass die Politik einen deutlichen Perspektivenwechsel bezüglich der Einordnung von Hochschulen vornehmen müsse und damit auch von Forschung. Wenn nur noch ein Sechstel der Forschung frei sei, dann bedeute das, dass an staatlichen, also an öffentlich geförderten Hochschulen, eben nur jeder zweite Euro noch für freie Forschung – also im Sinne von Wissenschaftsfreiheit – eingesetzt werden könne. Dies führe zu einer Homogenisierung von Hochschulprofilen und damit zu einer Homogenisierung von Angeboten, beispielsweise in der Wirtschaftswissenschaft, und damit einhergehend natürlich auch zu einer Diskussion um die Grundfinanzierung von Hochschulen. Diese Fragen sollten einmal ausführlich im Ausschuss beraten werden. Insbesondere könne dies an konkreten Beispielen wie Klimawandel, Informationsgesellschaft, Hochleistungsmedizin oder eben auch an Forschung über sozialen Ungleichheiten in der Gesellschaft deutlich gemacht werden. Es gehe am Ende bei dieser Debatte darum, Wissensbestände der Wissenschaft mit Wissensbeständen der gesellschaftlichen Praxis und dem Alltagswissen auf Augenhöhe zusammenzubringen. Man sehe darin durchaus eine Möglichkeit, einen Katalysator zu setzen für Wissenschaftsentwicklung und für die horizontale Differenzierung des Wissenschaftssystems.

Die **Fraktion der AfD** begrüßt, dass sich der Ausschuss erneut mit dem Thema Technologietransfer befasse. Es sei wichtig, die Frage zu stellen, wie man neue Techniken und neue Dienstleistungen in den Markt bringen könne und wie man dafür sorgen könne, dass die Leute unternehmerisch tätig würden. Sie stellt dar, dass im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefordert werde, das Thema globale Nachhaltigkeit in den Vorhaben des Bundes mehr zu verankern sowie Experimentierräume und Innovationsstiftungen, die insbesondere den Aspekt der sozialen Nachhaltigkeit mit aufgriffen, zu schaffen. Auch bei der Besetzung einer Auswahljury solle darauf geachtet werden, dass Vertreter der Zivilgesellschaft mit berücksichtigt würden. Die AfD-Fraktion hält fest, dass im Grundsatz niemand gegen Innovationsförderung oder die stärkere Ausgründung aus der Wissenschaft sein könne. Auch die Fraktion der AfD befürworte dies. Es sei jedoch höchst fraglich, ob dieses Ziel mit dem vorliegenden Antrag erreicht werden könne. Der Antrag folge nämlich wieder dem Ansatz von staatlichen Förderprogrammen, die mit reichlich „grüner Ideologie“ beladen seien. Dieser Ansatz sei falsch, da Wissenschaftler und Unternehmen Freiheiten brauchten. Viele würden nicht ausgründen wollen, da die bürokratischen Hürden in Deutschland so hoch seien. Hier müsse die Politik erst einmal die Rahmenbedingungen so setzen, dass es auch für junge Menschen oder auch für Wissenschaftler überhaupt attraktiv sei, ein Unternehmen zu gründen, um eine neue Dienstleistung oder ein neues Produkt am Markt anzubieten. Als Beispiel führt die AfD-Fraktion an, dass man für den Bau eines neuen Büros eine mehrseitige Formblätterklärung für den Emissionsschutz ausfüllen müsse. Dies sei vielleicht für die Industrie sinnvoll, für Büroräume jedoch nicht. Man müsse diejenigen, die innovativ sein wollten, von dieser staatlichen Gängelung befreien, damit sie sich auf Innovationen konzentrieren könnten. Dabei helfe die Schaffung neuer Gremien, die wiederum Geld verteilten, sicherlich nicht.

Die Fraktion der AfD hält fest, dass Deutschland eine andere Strategie brauche, um bei Innovationen erfolgreich zu sein. Deshalb lehne man den Antrag ab.

Berlin, den 9. September 2020

Dr. Stefan Kaufmann
Berichterstatler

Markus Paschke
Berichterstatler

Dr. Michael Ependiller
Berichterstatler

Dr. h. c. Thomas Sattelberger
Berichterstatler

Dr. Petra Sitte
Berichterstatlerin

Dr. Anna Christmann
Berichterstatlerin